

<b>Protokoll:</b>	<b>Ausschuss für Umwelt und Technik des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart</b>	<b>Niederschrift Nr.</b>	542
		<b>TOP:</b>	1
<b>Verhandlung</b>		<b>Drucksache:</b>	832/2016
		<b>GZ:</b>	
<b>Sitzungstermin:</b>	22.11.2016		
<b>Sitzungsart:</b>	öffentlich		
<b>Vorsitz:</b>	OB Kuhn		
<b>Berichterstattung:</b>	Herr Forderer (S/OB-Mobil)		
<b>Protokollführung:</b>	Frau Faßnacht / fr		
<b>Betreff:</b>	<b>NAMOREG-Pilot-Projekt im P+R-Parkhaus Unterer Grund/Österfeld.  Ein effektiver Beitrag zur weiteren Optimierung des Maßnahmenkatalogs für eine nachhaltige Feinstaubreduzierung in Stuttgart</b>		

Vorgang: Ausschuss für Umwelt und Technik vom 08.11.2016, öffentlich, Nr. 520

Verwaltungsausschuss vom 09.11.2016, öffentlich, Nr. 452

Gemeinderat vom 10.11.2016, öffentlich, Nr. 221

jeweiliges Ergebnis: Zurückstellung

Beratungsunterlage ist die Vorlage des Herrn Oberbürgermeisters vom 15.11.2016, GRDRs 832/2016, mit folgendem

Beschlussantrag:

1. Der neuen Struktur des Benutzungsentgeltes im P+R-Parkhaus Unterer Grund/Österfeld ab 1. Dezember 2016 wird zugestimmt. Die sich daraus ergebende Änderung der Benutzungsentgelte für Parkhäuser und Parkplätze sowie für die bewirtschafteten P+R Anlagen der Stadt Stuttgart (Stadtrecht 7/13) gemäß Anlage 1 wird beschlossen.

2. Für die Realisierung des NAMOREG-Projekts im P+R-Parkhaus Unterer Grund/Österfeld wird einem überplanmäßigen Aufwand im Teilergebnishaushalt des Tiefbauamts und einer überplanmäßigen Auszahlung im Teilfinanzhaushalt des Tiefbauamts wie folgt zugestimmt:

Teilergebnishaushalt

Amtsbereich 6605460 - Parkierungseinrichtungen

Kontengruppe 420 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Jahr 2016 30.000 EUR

Jahr 2017 45.000 EUR

Teilfinanzhaushalt

Projekt 7.666911 - Parkierungseinrichtungen

Ausz.Gr. 7873 - Sonstige Baumaßnahmen

Jahr 2016 15.000 EUR

3. Zur Deckung des vorgenannten Mehraufwands und der Mehrauszahlung in den Jahren 2016 und 2017 wird die Deckungsreserve im Teilhaushalt 900, Allgemeine Finanzwirtschaft, Amtsbereich 9006120 - Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft, Kontengruppe 440, Sonstige ordentliche Aufwendungen herangezogen. Über den Mehraufwand von netto 45.000 EUR/Jahr ab dem Jahr 2018 wird im Rahmen der Budgetaufstellung des Tiefbauamts entschieden.

Die Beratungsunterlage ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigelegt.

OB Kuhn schickt voraus, die Feinstaubwerte lägen derzeit besonders hoch, da die Luft so austauschbar wie selten sei. Man hoffe und bange, dass es bald regnet. Mit Blick auf das Interview mit einem Dekra-Ingenieur in der heutigen Ausgabe der Stuttgarter Nachrichten unterstreicht er die Notwendigkeit, die Feinstaub- und die Stickoxidwerte auseinanderzuhalten. "Das Elektroauto bringt absolut viel bei den Stickoxiden, weil es emissionsfrei ist, was diese Abgase angeht. Beim Feinstaub bringt es etwas weniger, weil es Reifenabrieb und Bremsvorgänge gibt. Allerdings wenn das Elektroauto richtig fährt und sozusagen in die Wiederaufladung der Batterie hineinbremst, reduziert das auch ein Stückweit. Wenn wir die Differenzierung nicht machen, kommen wir nicht in die richtige Spur." Wirklich Abhilfe bringe es, wenn man sich dem Ziel 20 % weniger Verkehr im Stuttgarter Kessel nähert - sowohl für Stickoxide als auch für Feinstaub. Strittig sei dabei die Frage, ob sich dieses Ziel besser mit Verboten erreichen lässt und wenn ja welchen, oder ob es klüger ist, es freiwillig zu erreichen.

Zum Feinstaub am Neckartor und in der ganzen Stadt bittet er zu differenzieren zwischen der Anzahl der Tage mit Überschreitung des Grenzwerts von 50 mg. Nach EU-Recht ist dies an 35 Tagen im Jahr zulässig. Gegenwärtig seien es in Stuttgart 38 oder 39 Tage, im Jahr 2015 waren es insgesamt 72 Tage. Diesen Wert reiße man an der Messstelle Neckartor, nicht aber an den anderen Messstellen. So liege man in der Hohenheimer Straße derzeit bei 7 oder 8 Tagen mit Überschreitung. Der zweite Wert beim Feinstaub sei der Jahresdurchschnittswert, welcher erst am Ende des Jahres be-

stimmt werden kann. Der Jahresdurchschnittswert sei bereits 2015 an allen Messstellen in Stuttgart - auch am Neckartor - eingehalten worden.

Bei den Stickoxiden sehe es weniger gut aus, weil diese - abgesehen von den Elektromobilen - durch den Automobilverkehr erzeugt werden. Hier liege man auch im Jahresdurchschnitt noch an vielen Messstellen darüber. Dies habe ausschließlich zu tun mit der Motorentechnik - welche Form von Verbrennungsmotor nimmt man und vor allem, wie hoch ist die Durchdringungsrate der Elektrotechnik?

Mit diesen Vorbemerkungen leitet er über zum NAMOREG-Projekt, das gemeinsam mit dem Land Baden-Württemberg und dem Verband Region Stuttgart (VRS), dessen Vertreter, Herr Dr. Wurmthaler, er herzlich begrüßt, umgesetzt werden soll.

Herr Forderer (S/OB-Mobil) teilt mit, der VRS habe die Landeshauptstadt fast schon aufgefordert, die Restmittel in Anspruch zu nehmen, da sie sonst am 31.12.2016 verfallen wären. Das Projekt sei sehr sinnvoll und man betrachte es als einen Baustein, um dazu beizutragen, die Grenzwerte einzuhalten. Anschließend erläutert er die Vorlage und dankt den Vertretern der Parkraum BW, des VRS und der VVS dafür, den Kraftakt für den 14-tägigen Probetrieb ab Anfang Dezember eingegangen zu sein. Die Zustimmung des Gemeinderats zu dieser Vorlage sei deswegen erforderlich, weil die Benutzungsentgelte einen satzungähnlichen Charakter haben.

StR Kotz (CDU) dankt für das Aufrufen des heutigen Schwerpunktthemas Verkehr. Seine Fraktion sehe die P+R-Situation als ein zentrales Thema für Stuttgart. Man freue sich daher über die Entwicklung dieses Projekts und unterstütze es in vollem Umfang. Er fragt nach einer Einschätzung, wie viele Mitarbeiter aus dem STEP bisher in diesem Parkhaus parken und wo diese künftig parken werden. Außerdem bittet er darzulegen, wie man sich den Zusammenhang zwischen Person, Auto und Polygo-Card vorstellen muss. Ihm ist wichtig zu verhindern, "dass das kein Markt wird für Polygo-Karten, die man sich tageweise ausleihen kann um irgendwelche Dinge beim VVS zu buchen".

Herr Forderer informiert, es gebe Kapazitäten im STEP, doch seien diese Stellplätze teurer. Es werden noch Informationen und Rundmails erfolgen, um die Leute auf die Änderungen hinzuweisen. Beim heutigen Parkklientel handle es sich teils um Menschen mit Ziel Flughafen, teils um Personen, die im STEP arbeiten und teils um Pendler. Die Polygo-Karte muss bei Parkraum.de vorgelegt werden, um eine Parkberechtigung zu beantragen. Allerdings könne man die Polygo-Card nicht so kontrollieren, dass sie jeweils der Person im Auto zugeordnet sein muss. An der Einfahrtsschranke gebe es ein Lesefeld, wo die Berechtigung ausgelesen wird. Gegen kriminelle Energie im Sinne von Missbrauch der Karte könne man nichts machen. Ohne die Registrierung mit der Polygo-Card könne andererseits keine Dauerberechtigung erworben werden. Zu beachten bittet er auch, dass Gelegenheitsparker keine Polygo-Karte brauchen, sondern auch so in das Parkhaus einfahren können.

StR Peterhoff (90/GRÜNE) geht davon aus, dass insbesondere das Thema der Stickoxide den Gemeinderat in den nächsten Jahren beschäftigen wird. Es müsse dabei hauptsächlich um die Senkung der Verkehrsmenge gehen, die sich durch die Stadt bewegt. Ein Umstieg könne nur gelingen in der Kombination vieler Maßnahmen. P+R-Angebote gehöre dabei zu den wichtigen begleitenden Maßnahmen. Sehr erfreulich bewerte er auch, übrige Mittel der Region für die Umstellung des Parkhauses Unterer Grund zu verwenden und die Priorität auf P+R zu setzen.

Für StR Körner (SPD) zeigt die aktuelle Situation, dass man mit dem Thema nicht vorangekommen ist, weil nach seiner Wahrnehmung auch an Feinstaubtagen so viele Fahrzeuge unterwegs sind wie sonst auch. Er erinnert an die Zusage der Verwaltung von Anfang dieses Jahres, wonach eine Analyse vorgelegt wird, ob es tatsächlich weniger Fahrzeuge gibt. Bisher seien lediglich "Pi mal Daumen"-Zahlen genannt worden, die jedoch niemand ausführlich dargelegt habe. Darüber hinaus haben Land, Bund und Europäische Union hier eine Hausaufgabe gestellt, welche die Stadt alleine nicht lösen könne. Schön wäre es, wenn das Land die Maßnahmen aus seinem aktuellen Konzept zur Luftreinhaltung zur Umsetzung bringen würde.

Aus Sicht seiner Fraktion werde man nicht umhinkommen, massiv den öffentlichen Nahverkehr auszubauen. Dafür brauche es eine stärkere Unterstützung seitens des Landes. Laut Landeskonzzept muss das System Bus dabei im Zentrum stehen. Es gebe jedoch nach wie vor keine vernünftige Busförderung, weshalb strukturelle Verbesserungen vonnöten sind. Die Menschen lassen sich nur motivieren, mit Bus und Bahn zu fahren, wenn es bessere Bus- und Bahnangebote gibt, und zwar was Linien und Takte anbelangt, aber auch was die Preise im Nahverkehr anlangt. Seine Fraktion unterstütze das NAMOREG-Projekt in Österfeld, bitte aber darum, sich jetzt bereits zu überlegen, wie man dieses Prinzip ausweiten kann auf zumindest die öffentlichen Garagen, die im Eigentum der Stuttgart sind.

Mit dem ÖPNV-Pakt gehen die Kompetenzen für eine einheitliche Gestaltung des P+R-Systems in der Region Stuttgart auf den VRS über, hält StR Ozasek (SÖS-LINKE-PluS) fest. Er fragt, ob dieses Projekt in die P+R-Konzeption der Region eingebettet ist, auch im Hinblick auf die gestaffelte Tarifstruktur, die in der Gesamtregion harmonisiert werden soll. Beim Projekt in Österfeld dringen die Fahrzeuge bereits tief ins Stadtgebiet ein. Sinniger wäre es, Anlagen zu entwickeln, die weiter am Gemarkungsrand liegen oder außerhalb der Stadtmarkung, um einen sehr frühzeitigen Umstieg auf die S-Bahn zu bekommen.

Mit Blick auf S. 3, Tabelle 1, erste Zeile der Vorlage macht er auf einen offensichtlichen Rechenfehler aufmerksam, den er zu korrigieren bittet - auch in der Anlage 1 der Vorlage (Benutzungsentgelte). Richtig sei, dass man den Kfz-Verkehr um 20 % verringern müsse. Dies gelte aber nicht nur für das Stadtgebiet Stuttgart, sondern im gesamtregionalen Kontext. Hierfür brauche es eine Ausbauoffensive des Nahverkehrs in den Landkreisen, insbesondere eine stärkere Entwicklung der Busverkehre und Zubringer-Busverkehre zu den Haltepunkten der S-Bahn und des Regionalverkehrs.

Aus seiner Sicht sind die Benutzungsentgelte der P+R-Anlagen in Stuttgart mit 1,50 € pro Tag nicht zeitgemäß, weshalb man die Tarifstruktur anpassen sollte. Beim Parkhaus Unterer Grund/Österfeld erfolge die Anpassung zum Parkhaus Albstraße zum 1.1.2018. Diese Anpassung sollen auch für die Anlagen in Obertürkheim, Vaihingen-Rohr und Weilimdorf vollzogen werden. Er bittet diesbezüglich um Stellungnahme.

In Stuttgart bemühe man sich darum, jede kleine und kleinste Maßnahme zur Feinstaubreduzierung innovativ anzugehen, hebt StR Zeeb (FW) positiv hervor. Dieses Projekt zähle dazu. Wie man es ausdehnen könnte, soll seines Erachtens erst nach Abschluss des Projektes entschieden werden.

StR Klingler (AfD) dankt dem VRS für die Bereitschaft, seine Restmittel für dieses Projekt einzusetzen. Er hält den Standort des Parkhauses Unterer Grund/Österfeld für genau richtig. Sehr gut sei darüber hinaus, die Polygo-Card durch diese Möglichkeit weiter aufzuwerten. Die einzig negative Auswirkung gebe es möglicherweise für Mitarbeiter aus dem STEP, wo zu hoffen bleibe, dass der Parksuchverkehr nicht zunimmt.

Bedenken in Bezug auf den Datenschutz hat StR Conz (FDP) wegen der Notwendigkeit, die Polygo-Card zu nutzen. Ansonsten handle es sich einfach um eine Parkpreiserhöhung.

StR Dr. Schertlen (STd) hält es grundsätzlich für einen richtigen Schritt, das Parkhaus Unterer Grund in dieser Form umzuwidmen. Allerdings wird seines Erachtens die Anbindung an die A 831 zu wenig berücksichtigt. Zu bemängeln sei außerdem, dass die Umsteigemöglichkeit auf den ÖPNV schon weit im Stadtgebiet liege. Er habe bereits als OB-Kandidat 2012 gefordert, zahlreiche P+R-Parkplätze um Stuttgart herum zu errichten, die an den großen Einfallstraßen und Gemarkungsgrenzen gebaut werden sollten. Weiter bedauert er, dass es nur eine Umnutzung sei, sodass nur eine Verlagerung und kein zusätzlicher Zugewinn an P+R-Plätzen erfolgt. Mit Blick auf die seit einem Jahr laufende Mitfahr-Kampagne 2go - welche sehr begrüßenswert sei - regt er an, z. B. für Mitfahrer Parkmöglichkeiten am Stadtrand zu schaffen und so eine andere Art des P+R zu unterstützen. Die Tarifgestaltung findet der Stadtrat nur bedingt glücklich. Dies liege jedoch an der VVS-Tarifgestaltung insgesamt, z. B. im Hinblick auf die Gruppentarife.

Herr Forderer bestätigt an StR Ozasek gewandt, es handle sich bei dem angesprochenen Preis in der Tabelle 1 um einen Fehler. In der Veröffentlichung werden lediglich die Endpreise gegenüber dem Benutzer genannt, sodass der Fehler nicht schädlich sei. Zur Frage der P+R-Konzeption habe man 100 Parkplätze in der Region untersucht und es sei zutreffend, dass mehr Angebote benötigt werden. Hierzu werde Herr Dr. Wurmthaler beim nächsten Tagesordnungspunkt noch Stellung beziehen. Mit Blick auf die Parktarifstruktur habe das Tiefbauamt auf einen Gemeinderatsbeschluss hingewiesen, wonach ohnehin zum 01.01.2019 eine Anpassung erfolgen wird. Falls diese Anpassung vorgezogen werden soll, so müsste hierfür ein entsprechender Beschluss gefasst werden.

Die Frage des Parksuchverkehrs müsse beobachtet werden. Im Hinblick auf den Datenschutz bei der Polygo-Karte unterstreicht er, der Landesdatenschutzbeauftragte war bei der Entwicklung derselben von Anfang an dabei. Sie gebe nicht die Möglichkeit, die Leute in irgendeiner Form zu kontrollieren, sondern jeder Anbieter wisse nur die Daten seiner Kunden. Die Polygo-Karte ersetze den Verbundpass und sei insofern das neue Medium, das alle haben. Beim VVS arbeite man daran, damit Leute, die kein Abo haben, die Polygo-Karte ebenfalls nutzen können, z. B. für Carsharing oder für das Aufladen des E-Fahrzeugs. Das Parkhaus Unterer Grund/Österfeld biete 510 Stellplätze im Parkhaus. Das Stadtplanungsamt arbeite gerade an einem Projekt für Mitfahrer-Parkplätze und lasse untersuchen, wo am Stadtrand Parkplätze für Fahrgemeinschaften angelegt werden können.

OB Kuhn stellt abschließend fest:

Der Ausschuss für Umwelt und Technik stimmt der GR Drs 832/2016 einmütig zu.

Zur Beurkundung

Faßnacht / fr

## Verteiler:

- I. S/OB  
zur Weiterbehandlung  
S/OB-Mobil  
weg. VA, GR
  
- II. nachrichtlich an:
  1. Herrn Oberbürgermeister  
VVS
  2. Referat AKR  
Haupt- und Personalamt
  3. Referat WFB  
Stadtkämmerei (2)
  4. Referat StU  
Amt für Umweltschutz  
Amt für Stadtplanung und Stadterneuerung (3)
  5. Referat T  
Tiefbauamt (2)
  6. BezA Vaihingen
  7. Rechnungsprüfungsamt
  8. L/OB-K
  9. Hauptaktei
  
- III.
  1. CDU-Fraktion
  2. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
  3. SPD-Fraktion
  4. Fraktionsgemeinschaft SÖS-LINKE-PluS (2)
  5. Fraktion Freie Wähler
  6. AfD-Fraktion
  7. Gruppierung FDP
  8. Die STAdTISTEN